



Werner A. Perger

Der Populismus der Aufklärung

Obama und die transatlantische Linke:
wieder gehen und kämpfen lernen

■ Amerikas »progressives« und Europas sozialdemokratische Linke pflegten im 20. Jahrhundert einen intensiven Austausch sozialpolitischer Ideen. Die bekanntesten Produkte dieses Ideentransfers sind das US-Reformprojekt des New Deal sowie der transatlantische Dritte Weg von Clinton, Blair und Schröder. Doch mit dem Verlust der Regierungsstellung in den USA und in den meisten EU-Ländern kam der transatlantische Austausch progressiver Ideen zum Erliegen. Dieser Text versucht mit der Untersuchung des US-Wahlkampfes einen Neuanfang.

■ Linker Populismus mit Augenmaß ist die methodische Grundlage der Wahlkampagne des Demokraten Barack Obama. Er stützt sich dabei auf eine breite gesellschaftliche Koalition. Zentrale Bedeutung kommt dabei den Gewerkschaften zu. Ihre Basisarbeiter (»organizer«) sind das personelle Rückgrat des Obama-Wahlkampfes. Arbeiterbewegung, gemeinnützige Organisationen und die demokratische Mehrheit im Kongress sollen unter Obamas Führung die »neue Koalition für eine grüne Gesellschaft« in den USA bilden – vielleicht auch ein Modell für Europas Sozialdemokratie.

■ Das besondere Merkmal der »progressives« in den USA im Vergleich zur demokratischen Linken in Europa ist die strategische Mischung aus utopischem Anspruch und praktischer Vernunft. Ihre Kapitalismuskritik ist radikal. Im Kampf um Gewerkschaftsrechte, gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit sind jedoch taktische Flexibilität und inhaltliche Kompromissbereitschaft ebenso wichtig. Dieser »visionäre Pragmatismus« setzt auf schrittweisen Wandel im Kapitalismus.

OKTOBER 2008

Inhalt

Vorbemerkung	2
Was und wer ist eigentlich progressiv?	2
Von Lehren und Irrlehren	3
Los Angeles oder Wege zum Erfolg	5
Pragmatismus und Vision	6
Comeback der Gewerkschaften	8
Die Anti-Rassismus-Connection	10
Das Projekt »change«	10
Was ist guter Populismus?	11
Vom Licht am Ende des Tunnels	13
Kampagnenfähigkeit reimportieren	14
Literatur	16

Vorbemerkung

Im US-amerikanischen Wahlkampf 2008 stehen die Zeichen auf Wandel. Change, das Motto des Präsidentschaftskandidaten der Demokraten, Barack Obama, ist das herrschende Wahlkampf-Paradigma. Selbst der Republikaner John McCain möchte als Kandidat des Wechsels gelten. In der öffentlichen Reaktion auf den ökonomischen und moralischen Bankrott des »Raubtierkapitalismus« wird deutlich, was sich schon vorher angesichts der sozialen Verwerfungen in den USA abgezeichnet hat: Der ideologische Führungs- und Gestaltungsanspruch der marktradikalen Konservativen ist am Ende. Die Notwendigkeit neuer Antworten auf die Herausforderungen der weltwirtschaftlichen Entwicklung ist allzu offenkundig. Der globale Problembogen, vom Abschmelzen der Polkappen bis zur Kernschmelze der Wall Street, zwingt die traditionellen Parteien und Institutionen zu neuem Denken und zur Überprüfung bisheriger Positionen.

Was bedeutet das für die von sozialdemokratischen Niedergangängsten geprägte politische Debatte in Europa? Entstehen in der »battle of ideas« der US-amerikanischen Gesellschaft neue politische Leitbilder, kommen von da inhaltliche oder methodische Anregungen, die Leben in die erstarrenden europäischen Demokratien bringen könnten? Steckt in der von Barack Obama angestrebten sozialliberalen Allianz für den Wandel Modellhaftes für die Sozialdemokratie Europas? Lohnt sich ein neuer Anlauf zu einem Ideenaustausch und Praxisvergleich über den Nordatlantik hinweg, wie er vor allem in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts fruchtbar war? Das bekannteste historische Beispiel hierfür war der New Deal in den 1930er Jahren als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise, das jüngste der Versuch eines neuen programmatischen Brückenschlags zum Ende des 20. Jahrhunderts mit dem Dritten Weg, unter der ideologischen Federführung der Angelsachsen Bill Clinton und Tony Blair.

Diese Studie handelt von den Voraussetzungen für einen erneuten Brückenschlag, dessen Grenzen und Chancen. Sie beruht auf ausführlichen Gesprächen, die ich im Sommer 2008 mit Politikern, Akademikern, Arbeitnehmervertretern, Aktivisten und Publizisten der amerikanischen »liberals« (»Linken«) – Frauen und Männern – in den USA geführt habe. Was sie »ideologisch« miteinander verbindet, ist vor allem ihr »visionärer Pragmatismus« – ihre Orientierung an der Aufstiegsverheißung des amerikanischen Traums, verbunden mit der Bereitschaft zum »historischen Kompromiss« mit einem modernen Kapitalismus.

Was und wer ist eigentlich progressiv?

Wenn man mit US-Bürgern über »die Linke« spricht, redet man nicht unbedingt über dasselbe. Wer oder was links ist und was mit dem schillernden Begriff »progressiv« beschrieben wird, muss oft erst geklärt werden. Als »progressives« sind viele unterwegs, Radikale, Moderate, Sozialliberale (im europäischen Sinn des Wortes), die Wall-Street-freundlichen Helfer des damaligen Präsidenten Bill Clinton ebenso wie die Aktivisten der Präsidentschaftskampagne Barack Obamas im Gewerkschaftsmilieu. Die Linke im US-Kongress – als Gruppe innerhalb der Demokraten – nennt sich denn auch Congressional Progressive Caucus. Sie umfasst derzeit 72 Mitglieder. Unter ihnen ist auch – als »Unabhängiger« – ein Senator, Bernie Sanders aus Vermont, ein bekennender »Sozialist«.

Der Historiker Michael Kazin von der Georgetown-Universität in Washington D. C. schreibt zur Frage der Terminologie in seinem Vorwort des von ihm und den niederländischen Sozialwissenschaftlern Frans Becker und Menno Hurenkamp herausgegebenem Buch »In Search of Progressive America«, die Linke in den USA ziehe »diese auf milde Art alle einschließende Bezeichnung heute vor«. Sich als progressiv zu bekennen, fällt offenbar leichter, als zu sagen: »Ich bin ein Linker«. Vor allem im Englischen. Progressiv klingt weniger verbissen, »ein bisschen verschämt« vielleicht, wie der Gewerkschafter Ron Blackwell spöttisch sagt, ist aber doch eine politische Aussage. Und es hat den Vorteil, von Sozialdemokraten über Gewerkschafter bis zu Sozialliberalen, Links-Christen und Umweltaktivisten alle jene Kräfte und Strömungen zusammenzufassen, die seit jeher den Kapitalismus, wenn schon nicht abschaffen, so doch, wie es der Sozialwissenschaftler Norman Birnbaum milde ironisch zusammenfasst, »wenigstens zügeln und bändigen wollen«.

Große Namen stehen für die progressive Tradition in den USA. Beide Präsidenten Roosevelt, Theodore (1901–1909) und Franklin (1933–1945), waren – bei allen Unterschieden – progressive Charismatiker. Der zweite freilich, Franklin D. Roosevelt – der legendäre FDR, der Jahrhundertpräsident, an den viele denken, wenn sie ihre Hoffnungen und Erwartungen an Barack Obama formulieren –, war darüber hinaus alles in allem auch ein Mann der Linken. Die Zeitumstände seines Auftretens als Präsidentschaftskandidat – die fundamentale Wirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre – erinnert viele an die Situation Amerikas im Herbst 2008. Norman Birnbaum beschreibt FDR in einem ausführlichen Essay über das »Vermächtnis des New Deal in der amerikanischen Politik« als den Helden seiner politischen Jugendjahre und erinnert sich:

»Franklin Roosevelt mit seiner direkten und robusten Metaphorik, seiner beißenden Verachtung für Gier und reaktionäres Denken, seiner Ablehnung jeder Angst und Passivität war unser charismatischer Anführer.« Unter seinem Aufbau- und Erneuerungsprojekt, dem New Deal, sammelte FDR, der radikal denkende Patrizier aus New York, tausende sozial engagierter junger Aktivisten und Intellektuelle, holte sie in den öffentlichen Dienst und krepelte mit ihnen das Land um. Die »ersten hundert Tage« seiner Amtszeit mit ihrer Flut von Krisenmaßnahmen und Sozialgesetzen setzten Standards, an denen seither Präsidenten immer wieder gemessen werden.

Franklin D. Roosevelts Präsidentschaftswahlkampf sei weniger »links« gewesen als seine Politik danach, sagen manche. Aber der Mann war jedenfalls politisch, visionär und charismatisch genug, um mit seiner Zuversicht und seinem Tatendrang eine ganze Generation zu begeistern und dem amerikanischen Volk einen Ausweg aus der bis dahin schwersten Turbulenz seiner Geschichte zu zeigen. Europäische Erfahrungen und Vorbilder haben dabei eine wichtige Rolle gespielt, nicht zuletzt der britische Ökonom John Maynard Keynes. Und hinzu kamen, so Birnbaum, »fünfzig Jahre sozialkritischen Denkens«, deren Ergebnisse unter Roosevelt aus den Universitäten nach Washington importiert wurden. Politisch gesehen war diese Phase eine Art Blütezeit der nordamerikanischen Version von Sozialdemokratie. Sie dauerte freilich nicht lange. Noch unter der Präsidentschaft Roosevelts begann die Gegenoffensive der Business-Elite und der konservativ-liberalen Denkschule. Sie währte – zeitweise unterbrochen in den 1960er Jahren – bis zum Wahl- und Desasterjahr 2008.

Von Lehren und Irrlehren

Es lohnt sich, voneinander zu lernen. Aber was und wie? Und wer von wem? Seit Ende des 20. Jahrhunderts beschäftigen sich vor allem die europäischen Progressiven mit dem Lernen und Vergleichen, erst in guten, jetzt in schlechten Zeiten. Es wurde üblich nach dem Modell der Geschäfts- und Konzernwelt, erfolgreiche Reformvorhaben befreundeter Parteien auf deren Übertragbarkeit zu studieren: »best practise« auf dem Arbeitsmarkt, in der Gesundheitspolitik, bei der Altersversorgung, im Bereich Bildung und Forschungspolitik. Hollands Teilzeitarbeit, Dänemarks Kompromissformel in der Arbeitsmarktpolitik (»Flexicurity«), Finnlands Schulpolitik, Deutschlands Berufsausbildung, alles, was funktioniert, kann ein Vorbild sein. Im progressiven Netzwerk des Dritten Wegs wurde kopiert und abgekupfert, was das Zeug hielt.

Auch die USA waren Teil davon, zunächst als Modell und Mythos: die Jobmaschine, der Wachstumsautomat, die Finanzsupermacht. Zur Abschreckung vor Fehlentwicklungen dient es erst seit Kurzem.

Lernen von Amerika? In der kurzen Epoche einer progressiven Hegemonie zu beiden Seiten des Atlantiks, von 1997/98 (sozialdemokratische Wahlsiege in Großbritannien, Frankreich und Deutschland) bis 2000 (Wahlsieg von George W. Bush), wurde ein neuer programmatischer Brückenschlag über den Atlantik versucht. Die Initiative ging im Prinzip vom amerikanischen »Europäer« Clinton und dem britischen »Amerikaner« Blair aus. Der »Third Way« als neue Option zwischen Staatssozialismus und Marktliberalismus sollte zum künftigen ideologischen Fundament des nordatlantischen Fortschritts werden und auf beiden Seiten des Atlantiks progressive Mehrheiten sichern, wenn möglich im Bündnis mit der Geschäftswelt, wenn nötig im Konflikt mit den Gewerkschaften. Mit früheren systemimmanenten Auseinandersetzungen im Kapitalismus hatte dieses angelsächsisch geprägte Konzept wenig im Sinn. Der Dritte Weg war formal eine Image- und inhaltlich eine Reformveranstaltung, aber keine politische Strategie für einen neuen Macht- und Verteilungskampf. Das machte die Reformlinke anfangs für neue Wählerschichten attraktiv. Später wurde das Konzept mangels Unterstützung in den eigenen Reihen zum politischen Problem. Die Mehrheiten gingen verloren. Europas progressive Vergleichsstudien änderten sich seither: In den sozialdemokratischen Parteizentralen studiert man jetzt vorwiegend Fehler und Niederlagen der Weggefährten. Statt »Was können wir ähnlich machen?«, lautet die Fragestellung jetzt häufig: »Was müssen wir anders machen?« Amerika ist kein Erfolgsmodell mehr.

In den besseren Tagen der nordatlantischen Allianz des Fortschritts, also vor der kulturkonservativen Bush-Wende in den USA, gab es einige Neuerungen, die in Europa Beachtung fanden, auch wenn sie innerhalb und außerhalb der progressiven Parteien umstritten waren. Einiges sprach ja für sie. Dazu gehörten die Politik der Deregulierung, das Misstrauen gegenüber sozialstaatlicher Lenkung und die Priorität für Sparhaushalte. Vorrang hatte, so kritisierte die Parteilinke den Kurs der Clinton-Administration (1992–2000), die Befreiung der Demokratischen Partei bzw. der »Linken« (»liberals«) vom Ruf, sie würden am liebsten Steuern erhöhen und Geld ausgeben (»tax and spend«). Tatsächlich schaffte es Bill Clinton, das US-amerikanische Haushaltsdefizit abzubauen. In den USA gilt das heute noch als seine größte Leistung, ein Lob, das die Linke sich nicht zu eigen machte. Von ihm stammt nicht nur der weltweit zum geflügelten Wort gewordene Merksatz, wonach Wahlen über

Wirtschaft entschieden werden: »It's the economy, stupid«. Clinton hatte außerdem, kaum ins Amt gekommen, die unvergessliche Losung ausgegeben, dass die Zeit starker Zentreregierungen, die sich um alles kümmern, vorbei sei: »The era of Big Government is over.« Der Staat solle sich stattdessen weitestgehend aus der Wirtschaft heraushalten und Aufgaben abgeben, die andere erledigen könnten. Weniger Bürokratie, Entlastung der öffentlichen Haushalte, Stärkung der Eigenverantwortung, Subsidiarität: Das waren legitime Überlegungen, die sich allerdings vorrangig an den Kriterien Effizienz und Sparsamkeit orientierten. Die Abgabe staatlicher Verantwortung im Sozialbereich hat dann die Bush-Regierung zur Ideologie und Staatsraison erhoben. Die Folgen bekamen der Mittelstand und die ethnischen Minderheiten im Allgemeinen und die Armen im Besonderen zu spüren. In mehreren zentralen Bereichen (Lebenserwartung, Lebensstandard, Zugang zu Bildung) sind die USA weit hinter die meisten entwickelten Länder zurückgefallen – bei der Kindersterblichkeit liegt Amerika gar auf gleicher Höhe mit Kroatien, Kuba, Estland und Polen.

Kann da der Satz noch gelten: »The era of Big Government is over«? Einer von Clintons seinerzeitigen Wirtschaftsberatern und Vordenkern, William Galston (heute im Thinktank Brookings Institution tätig), sieht das inzwischen etwas anders. In einem Aufsatz für das Magazin »The American Prospect« aus Washington – neben der New Yorker Zeitschrift »The Nation« und einigen populären Online-Publikationen (»Salon«, »Huffington Post«, »Daily Kos«) eine Art publizistisches Flaggschiff der amerikanischen Linken – schrieb er im Juni 2008 über die Notwendigkeit eines neuen sozialpolitischen Konzepts für die nächsten Jahrzehnte. Dabei sorgte er gleich mit der einleitenden Bemerkung für Aufsehen in der Szene: »Im Jahr 1998 erklärte Präsident Bill Clinton, dass die Ära des Big Government vorüber ist. Jetzt ist klar, dass die Ära des Endes vom Big Government vorüber ist.« (»In 1996, President Bill Clinton proclaimed that the era of big government was over. It is now clear, that the era of the end of big government is over.«) Galstons Aufsatz war in Washingtons Politikzirkeln wochenlang ein Topthema.

Der Artikel handelt vom Wandel, wie ihn Barack Obama verheißt, und davon, was dazu nötig ist: neues Denken, Lernprozesse und die Überprüfung dessen, was gestern – unter anderen Bedingungen – noch als richtig galt. Galstons Botschaft bedeutet, gemessen am Diskurs der »Clintonites« in den 1990er Jahren, eine radikale Wendung: Der Staat könne die Regelung der Lebensverhältnisse seiner Bürger im 21. Jahrhundert nicht mehr dem Markt und dem Spiel der gesell-

schaftlichen Kräfte überlassen. Die Welt von heute sei mit der Welt vor 15 Jahren nicht mehr vergleichbar.

Nach bald acht Jahren aggressiv-ideologischer Rechtsregierung in Washington hat die soziale Wirklichkeit des Landes sich in der Tat radikal gewandelt und mit ihr die öffentliche Befindlichkeit:

- Die US-amerikanische Mittelschicht (»middle class«) hat am Zuwachs des Sozialprodukts keinen Anteil,
- sie muss aufgrund von Sparmaßnahmen der Arbeitgeber und als Folge des Kostenanstiegs für die Sozialversicherung deutliche Einkommensverluste hinnehmen,
- die Durchschnittsverdiener sind in wachsendem Maße verschuldet,
- sie fühlen sich aufgrund der Immobilienkrise, des Wertverlusts ihrer Häuser, der Welle von Zwangsversteigerungen und der wachsenden Arbeitslosigkeit von Verarmung, Obdachlosigkeit und sozialem Abstieg bedroht,
- sie fürchten nun, nach dem Zusammenbruch des Finanzsystems und den ersten Bankenpleiten oben-drein, um ihre Altersversorgung.

Schuld daran sind nach Galston nicht nur die Kreditmärkte, sondern auch »ein geradezu epidemisches Fehlverhalten von Unternehmensführungen«. Der Zerfall des sozialen Netzes in Bushs Amerika ist so gesehen nicht nur ein Ergebnis von Marktversagen und mangelnder Regierungsaufsicht, sondern auch die Folge des Abbaus von Sozialempfinden, Anstand und Moral innerhalb der Eliten. Umso mehr ist eine starke Regierung gefragt. Und, so Galston, ein neuer sozialer Kontrakt für das 21. Jahrhundert. Das sei »die Schlüsselaufgabe der kommenden Generation«. Öffentliche Politik müsse dafür sorgen, die Früchte des Wirtschaftswachstums zu verteilen, für Chancengleichheit zu sorgen und Arbeitnehmer »zu versichern gegen Lohn- und Einkommensverluste, gegen die sie sich nicht selbst schützen können«. Galstons Kernthese lautet: »Die Alternative zu einem neuen Vertrag ist kein Vertrag – eine Gesellschaft, in der die Starken nehmen, was sie können, und die Schwachen ertragen, was sie müssen.« Diesen Schutz kann nur eine starke politische Führung bieten: Big Government.

Es ist die Ansage einer Kurskorrektur, ähnlich der sich ändernden europäischen Debatte in der Sozialdemokratie, bei der auch die »Modernisierer« inzwischen über den Dritten Weg hinaus denken. Es geht nicht mehr in erster Linie um den Staatsabbau. Schon gar nicht um Deregulierung, um Privatisierung und die Entfesselung des Finanzkapitals. Diese Phase der Debatte, die mit der Re-Orientierung der Reformlinken verbunden war, ist vorerst erledigt. Das Debakel des Börsenkapitalismus veränderte radikal die Prioritäten und die Tagesordnung. Und der Reformdemokrat Bill

Galston zeigt, wie man die Schützengräben von gestern verlässt, ohne dabei der eigenen Philosophie grundsätzlich abzuschwören. Die an den Reformdebatten der letzten Jahre noch immer leidenden Sozialdemokraten in Europa fänden hier ein kleines best-practise-Modell für die Suche nach Auswegen aus ihren jeweiligen programmatischen Patt-Situationen.

Barack Obama, unbelastet von diesem Erbe der Parteien- und Ideologiegeschichte, wird sich auf die veränderte Debatte einlassen. Sein Konzept des Wandels bedeutet einen Aufbruch, der wegführt von den Streitpunkten der Vor-Bush-Ära. Der aber auch bewährte soziale Ideen und Modelle wieder aufgreift, die in der Ära des Neoliberalismus und des staatsfeindlichen Konservatismus zum Teil verschüttet und tabuisiert wurden, vor allem, was die Rolle des Staats angeht. Wenn Obama die Wahl gewinnt, sollte er stark genug sein, mit den Gewerkschaften darüber zu reden. Sind diese aber ihrerseits hinreichend gesprächsfähig? Es gibt Anhaltspunkte dafür. Einer davon ist ihr Bündnis mit Obama. Es könnte, wenn es knapp wird, die Wahl entscheiden.

Los Angeles oder Wege zum Erfolg

Am besten scheint nach den Jahren wechselseitiger Entfremdung die neue Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterbewegung und der politischen Linken derzeit in Los Angeles zu funktionieren. Dort liegt der Organisationsgrad der abhängig Beschäftigten bei 18 Prozent. Der US-Durchschnitt beträgt 12 Prozent (knapp ein Drittel der Organisationsquote in den 1930er Jahren). Ist Los Angeles das Modell für ein Comeback der organisierten Arbeitnehmerschaft? Und wenn ja, worin läge das Besondere?

Der Sozialwissenschaftler Peter Dreier ist ein Experte für diese Fragen. Er leitet das Institute for Urban and Environmental Policy Program am Occidental College in Los Angeles, einer relativ kleinen, aber intellektuell erlesenen Bildungseinrichtung in einer der schöneren Ecken der Metropolenregion Los Angeles. Dreiers Arbeiten über eine künftige Umweltpolitik und eine soziale Stadtpolitik haben die Diskussion um die Zukunft der Riesenmetropole Los Angeles erheblich beeinflusst. Er ist ein Mann mit journalistischen Talenten, ein Blogger der linksliberalen Online-Publikation »Huffington Post«, Autor auch im traditionell linken New Yorker Magazin »Dissent« und nicht zuletzt ein mit allen Wassern gewaschener Aktivist in der Gewerkschafts- und der großstadtpolitischen Szene.

Peter Dreier hat sich auch intensiv mit dem politischen Profil seiner Landsleute beschäftigt. Wie rechts

ist Amerika? Wieso hat die Linke keine Chance? Ist der Fortschrittsglaube der Pioniere gebrochen? Oder anders – mit einem populären Buchtitel – gefragt: »What's the Matter with Kansas?« (Was ist mit Kansas los?). Dieser Bestseller von Thomas Frank über die Gründe für den anscheinend unaufhaltbaren Aufstieg der US-amerikanischen Rechten in den vergangenen Jahrzehnten beschreibt die Menschennähe der Konservativen und die Bürgerferne der Progressiven, die Kluft zwischen den amerikanischen Bodenständigen und Praktikern und den unamerikanischen Wolken-schiebern und Visionären. Ein oft zitiertes Lehrbuch über die vielen Fehler der Linken.

Aber stimmt das auch? Peter Dreier ist nicht so beeindruckt: »Das alles ist falsch.« Die Amerikaner seien keine geschlossene politische Einheit. Sie seien rechts, links und Mitte und das alles auf einmal. In Umfragen bekenne sich die Mehrheit vorbehaltlos als »middle of the road«, als die gute alte Mitte Amerikas, vernünftig, vorsichtig, konservativ und sozial zugleich. Dieselbe Mehrheit stimme in denselben Umfragen folgenden Aussagen ebenso vorbehaltlos zu:

- Amerika braucht eine flächendeckende Sozialversicherung,
- die Regierung soll für die Krankenversicherung verantwortlich sein,
- die Regierung soll mehr Zuständigkeiten für den Umweltschutz erhalten,
- die Arbeitnehmer sollten gesetzlich das Recht und die Möglichkeit bekommen, sich am Arbeitsplatz gewerkschaftlich zu organisieren,
- wenn wir in der Firma eine Gewerkschaft hätten, würde ich ihr beitreten,
- der Mindestlohn soll regelmäßig den Kostensteigerungen angepasst werden,
- der Staat hat nicht das Recht, seine Bürger zu überwachen.

Fazit: »Vor allem in sozialen Fragen unterstützen sie Positionen, die bei genauerem Hinsehen sozialdemokratisch sind« (Peter Dreier). Die Geschichte vom unveränderbaren Konservatismus der Amerikaner wäre demnach eine Legende. In Wahrheit existierte im Hintergrund der konservativen Fassade eine unausgesprochene Gemeinsamkeit, die der Alt-68er und Professor an der Columbia-Universität in New York Todd Gitlin Amerikas »progressiven Konsens« nennt. Eine undogmatische »pragmatische Linke« (Dreier) müsste demnach eigentlich in der Lage sein, den Kulturschock, der das middle-of-the-road-Amerika im Gefolge der wilden 1968er Jahre zeitweise erschauern und verkrampfen ließ, zu überwinden. Es käme nur darauf an, mit dieser uramerikanischen fortschrittlichen Mehrheit eine Koalition zu bilden. Das ist genau die Strategie, die Dreier, Gitlin und die anderen Ver-

treter der demokratischen Linken des Landes vorschlagen. Es ist offenbar auch, mehr oder weniger, die Strategie des Barack Obama.

Radikal denken, im uramerikanischen Sinn populistisch agieren und zugleich zu Kompromissen fähig sein, so hat es der Vordenker radikaler Gemeinde- und Basisarbeit gepredigt: Saul Alinsky. Ein Mann, der im Milieu der politischen Aktivist*innen eine weithin respektierte Autorität ist. Sein Buch »Rules for Radicals« aus dem Jahr 1971 ist in diesen Kreisen ein Klassiker, der zurzeit neue Aufmerksamkeit findet. Diese Broschüre ist im Grunde ein Leitfaden für die »organizer«, jene US-amerikanische Version der Sozialarbeiter, die an der sozialen Basis der USA, in den Gemeinden, den gemeinnützigen privaten und kirchlichen Initiativen (»non-profits«) und vor allem den Gewerkschaften, damit beschäftigt sind, ihre Zielgruppen bei der Definition, der Formulierung und der Vertretung ihrer Interessen zu beraten, zu organisieren und fallweise auch zu führen. Im Grunde sind »organizer« Agenten der kleinen Leute. In den Augen der Konservativen, vor allem der Konzerne und ihrer auf die Bekämpfung der Gewerkschaften (»union busting«) spezialisierten Anwaltskanzleien, sind sie Aufwiegler und Betriebsfriedensstörer, denen man am besten mit privaten Sicherheitsdiensten oder mit Klagen vor Gericht zu Leibe rückt. »Organizer« ist kein Freizeitjob, sondern ein harter Beruf, im Betrieb, in dem eine Gewerkschaft um Zulassung kämpft, oder im Ghetto, wo es um ein besseres Zusammenleben und mehr Lebensqualität geht. Sie sind Vermittler und Friedensstifter, Lobbyisten und Kämpfer zugleich. Für diese Menschen lautet eine der Kernthesen Alinskys: »Für den Organizer ist Kompromiss ein Schlüsselbegriff und ein schönes Wort.« Hart sein und nachgeben können: der optimale Mix für Politiker. Barack Obama finanzierte sein Studium zum Teil, indem er drei Jahre als Community-Organizer in einem Problem-Viertel in Chicago arbeitete. Eine Schule fürs Leben, sagen seine Anhänger. Ein Training für Radikale, verbreiten die politischen Gegner.

Modell Los Angeles: Hier arbeitet ein neues soziales Bündnis an der Verwirklichung des »American Dream«. Ein Bündnis bestehend aus progressiven Politikern – allen voran die Chefs der gegenwärtigen Stadtverwaltung (Demokraten) –, Funktionären unterschiedlicher Gewerkschaften, Aktivist*innen von Non-Profit-Organisationen, engagierten Einzelpersonen aus dem Rechtswesen, den Bildungsinstitutionen und vor allem den Kirchen. Diese progressive Reformkoalition hat im Landkreis Los Angeles mit seinen etwas mehr als zehn Millionen Einwohnern einige Veränderungen durchgesetzt, die bis vor einigen Jahren in Südkalifornien undenkbar waren und anderswo in den USA nach wie vor kein Thema sind:

- Das Gesetz über einen Lohn, der deutlich über dem Mindestlohn liegt und sich an den realen Lebenshaltungskosten orientiert (dieser »living wage« liegt bei 10,64 US-Dollar pro Stunde),
- das Recht von Hotelangestellten, sich gewerkschaftlich zu organisieren,
- die Gründung einer Gewerkschaft für das Reinigungs- und Aufsichtspersonal (Vorlage für den politischen Spielfilm »Bread and Roses« des britischen Regisseurs Ken Loach mit dem späteren Oscar-Preisträger Adrien Brody als Organizer),
- die nachdrückliche Forderung der Stadt an Firmen, die sich um öffentliche Aufträge bemühen, »quality jobs« mit sozialen Rechten der Arbeiter zu schaffen,
- die Bindung von Baurechten für Stadtentwicklungsgesellschaften an erhebliche sozialpolitische Auflagen: Sie reichen von Einrichtungen für die umliegende Nachbarschaft (»community benefits«) bis zur Verpflichtung, an der Projektverwirklichung nur solche Firmen zu beteiligen, die soziale Mindestansprüche erfüllen (gerechter Lohn, Versicherung, Urlaubsregelung, Organisationsrechte).

Pragmatismus und Vision

Man trifft in Los Angeles häufig auf den Typ des unverdrossenen Linken, der sich täglich aufs Neue ins Gefecht mit den etablierten Mächten stürzt und sich von Niederlagen nicht wirklich irritieren lässt. Er erinnert an den Gedanken, dass man sich Sisyphos – der vergeblich immer aufs Neue versucht, einen Felsbrocken den Berg hinaufzubewegen – als glücklichen Menschen vorstellen sollte, wie Willy Brandt in seiner denkwürdigen Abschiedsrede an die SPD unter Berufung auf Albert Camus (»Der Mythos von Sisyphos«) gesagt hat. Die Koalition dieser sozialradikalen Bewohner Los Angeles' ist eng vernetzt und trotz Rückschlägen unermüdlich aktiv. Dank der modernen Kommunikationsmittel sind sie auch quer durch den Kontinent in ständigem Austausch mit Gleichgesinnten. In der progressiven Blogosphäre ist dieser Verbund der »glücklichen Unfrustrierbaren« überall anzutreffen und er tritt heute so offensiv auf wie nie zuvor. Im Netz und in der Wirklichkeit.

Sisyphos, Symbolfigur für alle, die wichtige mühsame und nur scheinbar vergebliche Arbeit leisten: Ist das eine amerikanische Illusion, ein autosuggestiver Selbstbetrug, Produkt eines zwanghaft positiven Denkens? Oder ein mögliches Modell auch für die skeptische europäische Linke, geeignet zur moralischen Aufrüstung der Sozialdemokratie für die Auseinandersetzung mit dem »Raubtierkapitalismus« (Helmut

Schmidt), der seit dem Sieg über den Kommunismus im Windschatten der Globalisierung frühere sozialmoralische Fesseln gesprengt hat und den sozialen Zusammenhalt der Demokratien gefährdet?

Neben Peter Dreier gehören zum vielfältigen Netzwerk dieser Szene auch Leute wie Todd Gitlin von der Columbia-Universität in New York, die in Fachkreisen renommierte afroamerikanische Juristin Emma Coleman Jordan von der Georgetown-Universität in Washington, die brillante Chefredakteurin Katrina vanden Heuvel (»The Nation«) und der unerbittliche Kolumnist Harold Meyerson (»The American Prospect«), deren steigende Auflagen den Stimmungswandel im Lande entsprechen. Außerdem der Vizebürgermeister von Los Angeles Larry Frank, einst als Organizer Mitarbeiter des legendären Führers der Landarbeitergewerkschaft Cesar Chavez und in Washington natürlich der weise Feuerkopf und Europakenner Norman Birnbaum, Emeritus von Georgetown, sowie der unverwüsthche Sozialpolitiker Jim McDermott aus Seattle, Abgeordneter im Repräsentantenhaus und Veteran im Congressional Progressive Caucus, der Gruppe von Demokraten im US-Kongress. Aber auch eher unbekannt Aktivisten zählen dazu wie die protestantische Aktivistin Terry Flood von der Church of the Saviour und deren Non-Profit-Arbeitsvermittlung Jubilee Jobs zur Beschaffung von Jobs für schwer Vermittelbare (Obdachlose, Schulabbrecher, Ex-Strafgefangene).

Eine Schlüsselfigur in diesem Netzwerk der Unermüdlichen ist Madeline Janis, die kalifornische Aktivistin, die in der »Los Angeles Times«, kein linkes Blatt, respektvoll als die »Gewerkschaftskämpferin von L.A.« (»L.A.'s Labor Warrior«) porträtiert wurde. Sie hat 1993 die Non-Profit-Organisation LAANE gegründet. Die Abkürzung steht für Los Angeles Alliance for a New Economy (Vereinigung zur Förderung einer Neuen Wirtschaft). Sie ist heute eine einflussreiche Non-Profit-Organisation im Bereich Stadtentwicklung, Armutsbekämpfung und Demokratieförderung, in der unter Janis' Leitung 40 vorwiegend akademisch ausgebildete Aktivistinnen arbeiten. Sie haben die Szene gehörig aufgemischt. Ohne LAANE und Madeline Janis sähe die Los-Angeles-County anders aus, Makler, Immobilienspekulanten und Projektentwickler hätten ein leichteres Leben. Und die Arbeiter auf den Baustellen, die meisten Immigranten, die Putzkolonnen in den Bürotürmen und die angelernten Hilfskräfte in den Luxushotels bekämen Grenzlöhne, von denen sie nicht leben könnten.

Sisyphos und das falsche Gefühl der Vergeblichkeit: Es lohnt sich, Madeline Janis darauf anzusprechen. Sie und ihre Leute sind seit den Neunzigerjahren in der Stadt unterwegs, in politischen Ausschüssen, auf

Kundgebungen, in den Medien, auf Gewerkschaftsversammlungen, bei den Bürgerinitiativen, an den Baustellen, in den armseligen Immigranten-Vierteln, in den Büros der Projektentwickler und Baulöwen. Und natürlich im Internet: vernetzt mit aller Welt, vor allem aber mit intellektuellen Helfern an den Universitäten, mit Abgeordneten des County und mit einflussreichen Bürokraten, zum Beispiel Vizebürgermeister Larry Frank, der in jungen Jahren selbst als Organizer in kalifornischen Arbeitskämpfen mitgemischt hat.

Über langfristige Konzepte spricht Madeline Janis genauso leidenschaftlich wie über konkrete Einzelaktionen, über Recherchen und Planungsarbeit und über Hungerstreiks, Blockaden, Demos. Spätestens mit einem Abstimmungssieg gegen den Supermarkt-Giganten Wal-Mart, mit dem ein Großprojekt der ob ihrer unsozialen Betriebsbedingungen berüchtigten Mega-Handelskette verhindert wurde, und im Zuge der Auseinandersetzungen mit den großen Hotelunternehmungen beim Ausbau des Flughafengeländes LAX festigte sie ihren Ruf als unerbittliche Kämpferin. Immerhin: Die Investoren, die sich auf Verhandlungen über die Forderung der von Janis koordinierten living-wage-Koalition einließen, lernen die Vorteile des so erreichten sozialen Konsenses schätzen. Ein Deal mit Madeline Janis und ihrer Truppe erweist sich allemal als hilfreich und spart teure Arbeitskämpfe. Peter Dumon, Eigentümer und Manager des Radisson-Hotels am Flughafen LAX, empfahl daher allen Hotelier-Kollegen in einem Namensartikel in der »Los Angeles Times«, den Widerstand gegen das living-wage-Gesetz aufzugeben. Angemessen bezahlte und zufriedene Mitarbeiter seien die beste Garantie für zufriedene Gäste, so wichtig »wie Geld auf der Bank« und ein Beitrag zur Entwicklung der ganzen Region. Klingt irgendwie europäisch, mehr nach »stakeholder value« statt Profit-Gier.

Auf den living-wage-Pakt haben sich nach langen Kämpfen vor Ort, in den Medien, in Hinterzimmern und in offenen Konfrontationen auf dem Century Boulevard am Ende von den dreizehn Hotels am LAX-Airport doch nur fünf eingelassen. Die anderen zogen vor Gericht. Fünf von dreizehn: Das sieht eher nach einer Niederlage für Madeline Janis' progressive Koalition aus. Ist das nicht wie beim mythologischen Sisyphos, dem der Felsbrocken immer wieder herunterrollte. Camus hin, Brandt her, das ist doch frustrierend. Oder?

Da lacht »L.A.'s Labor-Warrior«. Sisyphos? »In fünf von dreizehn Fällen haben wir das Management zur Kooperation bewegt, indem wir sie davon überzeugten, dass es besser ist, mit uns, mit der ›community‹ und den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Das ist doch kein Misserfolg.« Im Gegenteil: »Das ist ein Wunder! Wirklich!« Vor 25 Jahren habe noch niemand

gewusst, wie man die Arbeitnehmer, darunter auch illegale Einwanderer, organisiert. Wie man sie aus sozialer Hoffnungslosigkeit zunächst wenigstens auf das Niveau normaler Armut anhebt. Wie man die Voraussetzungen schafft, dass ihre Kinder genug zu essen haben und in die Schule gehen. Wie man dafür sorgt, dass die Eltern Arbeit bekommen, dass sie eine Zukunft haben, anständige Jobs mit Rechten und mit Krankenversicherung. Und eine lebenswerte Unterkunft. Man müsse das Gesamtbild sehen. Madeline Janis sagt, sie verstehe, »dass man euch Europäer damit nicht beeindrucken kann«. Aber in diesem Erziehungsprozess der regionalen Öffentlichkeit, der kleinen Wirtschaftselite der Arbeitgeber und des großen Heers derer, die zwar nicht als Elite gelten, aber die Basis der Gesellschaft sind und trotz Arbeit arm, ist die Quote »fünf von dreizehn« ein Erfolg.

Professor Michael Kazin in Washington nennt diese Beharrlichkeit und Unverdrossenheit »visionären Pragmatismus«. Für ihn, den Historiker des Populismus in Amerika, ist dies der neue zukunftssträchtige Ansatz für die progressiven Strömungen in Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. So könnte der Weg zu einer sozialen Reform der zunehmend multikulturellen und multiethnischen amerikanischen Gesellschaft zum Erfolg führen. Praktische politische Arbeit an der Basis und offensive Beteiligung an der »battle of ideas« mit den Konservativen um die Werte und Ideale der Nation – in dieser Verbindung von Praxis und Theorie liegt für ihn die Zukunft.

In Utopien denken und planen, in der Realität leben und kämpfen, das ist die Essenz dieser Haltung, das Geheimnis der Ausdauer und das Rezept des Erfolgs von Aktivisten wie denen in Los Angeles. Die Utopien der Madeline Janis mögen sehr radikal sein – woher nähme sie sonst ihre Energie? –, ihre Praxis mutet klassisch reformpolitisch an. Sie hat aber auch eine stark amerikanisch-robuste Komponente: gewerkschaftlich-kämpferisch und zugleich sozialdemokratisch-vermittelnd. In Los Angeles verbindet sich beides zum strategischen Modell: genaue Planung, politische Bündnisse, Organisation der Interessen, öffentliche Kampagnen und im Ernstfall auch drastische Aktionen – alles zusammen sorgt für die kleinen Durchbrüche, aus denen die Kraft für die nächste Operation kommt.

Comeback der Gewerkschaften

Voraussetzung ist, dass der soziale Radikalismus und die politische Realität zusammengedacht und gekoppelt werden wie in Madeline Janis' Strategie. Zunächst käme es darauf an, so beschreibt sie ihr Konzept, dass

die richtigen Leute in den richtigen Ämtern sitzen. Sie denkt in Machtkategorien: Es ist nicht egal, wer regiert. Wer die Welt verändern will, muss Wahlen gewinnen. In Amerika, wo alle wichtigen Ämter, von der Gemeinde über die County bis zum Gouverneur und zum Weißen Haus über Wahlen besetzt werden, ist es wichtig, für die möglichen Partner eines progressiven Bündnisses die Mehrheit zu besorgen und dafür die Wähler zu mobilisieren. »Niemand kann das besser als die Organizer der Gewerkschaften«, sagt Peter Dreier. Wenn die Gewerkschaften (»unions«) sich entschließen, ihren Profis der Basisarbeit Urlaub für die Arbeit im Wahlkampf zu geben, ob in der Gemeinde oder in der Präsidentenwahl, kann das die Wahl entscheiden. Wie 2005 in Los Angeles, als das links-bürgerliche Bündnis mit den Gewerkschaften dafür sorgte, dass der progressive Kandidat Antonio Villaraigosa an die Macht kam, vier Jahre nach seinem ersten vergeblichen Anlauf. Oder wie jetzt, wenn tausende Gewerkschafts-Organizer ihren Urlaub nehmen und in umkämpften Wahlbezirken von morgens bis abends für Obama von Tür zu Tür gehen.

Die Bedeutung der Gewerkschaften und ihre Praxiserfahrung sind für die »progressives« die Voraussetzung für den Wandel, den die USA und die internationale Gemeinschaft brauchen. Meinungsforscher aus dem Umfeld der AFL-CIO (American Federation of Labor and Congress of Industrial Organization) haben die letzte Wahlniederlage der Demokraten aufgrund der Ergebnisse von Nachwahlbefragungen analysiert. Danach hatte George W. Bush 2004 die Mehrheit der weißen männlichen Wähler insgesamt gewonnen, sein Gegenkandidat John Kerry aber im Segment weiße Männer die Mehrheit unter den Gewerkschaftsmitgliedern, Bush gewann auch unter den Waffenbesitzern insgesamt, doch Kerry unter denen, die gewerkschaftlich organisiert waren. Bush erhielt die Mehrheit von männlichen Kirchgängern, Kerry unter den Kirchgängern, die einer Gewerkschaft angehörten. Der kulturelle Keil, der die amerikanische Gesellschaft spaltet, ist unübersehbar. Aber »die verbindende Macht der organisierten Arbeitnehmerschaft« (Dreier) soll diese Kluft überbrücken helfen.

Die Gewerkschaften als Gegenmacht sind freilich nicht mehr das, was sie in Ansätzen einmal waren. Die AFL-CIO, 1955 nach zwanzigjähriger Spaltung wieder gegründet, ist merklich durch Mitglieder-schwund geschwächt. Sie hat auch durch eine massive politische und legislative Anti-Gewerkschafts-Offensive der Arbeitgeber gelitten, die von den konservativen Regierungen seit Nixons Wahlsieg 1968 unterstützt und von den beiden demokratischen Präsidenten der vergangenen 40 Jahre, Jimmy Carter und Bill Clinton, nicht konterkariert wurden.

Geschwächt wurden die »unions« aber auch durch eigene strategische Fehler, institutionellen Egoismus und schließlich durch die neue Spaltung in zwei konkurrierende Verbände im Juli 2005. Heute arbeiten der Dachverband AFL-CIO und ein Bündnis anderer Gewerkschaften unter dem flotten Namen Change To Win (CTW), nebeneinander.

Doch Barack Obama ist ihr Mann. CTW war schon früh für ihn, die AFL-CIO, wo viele Herzen für Hillary Clinton schlugen, verhielt sich neutral bis zur Entscheidung unter den Demokraten: Jetzt hat sie sich ebenfalls für Obama ausgesprochen. Die Organizer beider Dachverbände und ihrer Einzelgewerkschaften sind inzwischen unterwegs. So haben sich auch zwei leitende Männer bei der International Brotherhood of Teamsters, der riesigen Logistik-Gewerkschaft im CTW-Bündnis, Andy Banks und Timothy Beatty, für den Nahkampf in der Obama-Kampagne gemeldet. In Schlüsselstaaten, wo die Entscheidung knapp sein wird und der letzte Gewerkschafter mobilisiert werden muss, ob weißer Mann, Kirchgänger, Schusswaffen-Fan, Kriegsveteran, College-Abbrecher oder sonst irgendeiner Wählerkohorte zugehörig, in der die Quote der Unentschlossenen auffällig hoch und das Mobilisierungspotenzial groß ist.

Die beiden Teamster sind aus der Alinsky-Schule, wie die Organizer und Non-Profit-Aktivistinnen in allen Städten und Gemeinden Amerikas, wo Alinskys »Rules for Radicals« gelten. Obama sei stark darin, die Menschen zu begeistern und zu inspirieren, darin sind Banks und Beatty sich einig. So einen brauchen sie, um gemeinsam – Partei und Gewerkschaft – die Themen der Bewegung voranzubringen: Jobs, Gewerkschaftsrechte, Sicherheit für die Familien. Ihre Erwartungen an einen Wahlsieger Obama sind hoch. Sie könnten auch zu hoch sein, aber das ist ihre Sorge nicht. Das Wichtigste ist zunächst der Wechsel im Weißen Haus und der Ausbau der Mehrheit im Kongress. Danach wird alles besser, selbst wenn nicht alles so wird, wie sie es sich wünschen. Linker Pragmatismus auch hier.

Die Erwartungen knüpfen sich an strategische Zusagen des Kandidaten. So würde ein Präsident Obama sich für das im Senat zuletzt an den Republikanern gescheiterte Gesetz stark machen, den Employee Free Choice Act. Das Gesetz soll die Zulassung von Gewerkschaften in Betrieben erleichtern und so den Abstand Amerikas zum organisationsrechtlichen Niveau der meisten anderen Demokratien verringern. Es wird von den Arbeitgebern und ihren Verbündeten erbittert bekämpft, auch wegen seines Symbolwerts. Es wäre ein Sieg der »Linken«.

Das wichtigste Projekt wäre jedoch die Reform des Gesundheitssystems: Obama würde, anderthalb Jahr-

zehnte nach dem Scheitern der Clintons, einen neuen Anlauf unternehmen, eine Krankenversicherung für Arbeitnehmer zu schaffen und so im reichsten Land der Welt dazu beizutragen, dass die seit einiger Zeit sinkende Lebenserwartung dank bezahlbarer und allgemein zugänglicher Präventivmedizin wieder steigen kann.

Er würde schließlich – in Erinnerung an Franklin D. Roosevelt, wenn auch längst nicht in dem Ausmaß – ein Investitionsprogramm zur Verbesserung der katastrophalen Infrastruktur des Landes aufzulegen versuchen. Ein neuer New Deal wird es nicht sein können, jedenfalls kein Programm, das so oder ähnlich heißen wird. Es wird auch nicht die Dimension des Vorbilds von 1933 haben können, auch deshalb, weil die Sanierungskosten der Finanz- und Bankenkrise gewaltige Mittel binden, die für Strukturinvestitionen dringend gebraucht würden. Aber einen Richtungswechsel zurück zum aktiven Staat wird es geben. »Das Stichwort ist die ›green economy‹«, glaubt Andy Banks von den Teamsters zu wissen. Und: »green jobs«. Der ökologische Umbau Amerikas, der neue Arbeitsplätze schafft: »Das wird Obamas New Deal.«

Und dann ist da noch der Freihandel, der große Streit der Gewerkschaften mit der Clinton-Administration in den 1990er Jahren. »Change« mit Obama heiße auch: eine andere Handelspolitik. Das steht für die Gewerkschaften außer Frage, auch für die Non-Profit-Gruppen und die Aktivistinnen aus der zivilgesellschaftlichen Unterstützerszene. Für sie alle sind das North American Free Trade Agreement (NAFTA, das nordamerikanische Freihandelsabkommen mit Kanada und Mexiko) und andere bilaterale Handelsverträge schuld am Elend auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt. Jobs aus Amerika wanderten ab in Länder, die weniger Arbeitnehmerrechte, weniger Schutz am Arbeitsplatz und keine Mindestlöhne hätten, geschweige denn einen »living wage«. Dieser Streit ist nicht ausgestanden, aber die Gewichte haben sich in der Debatte verlagert. Der ehemalige Clinton-Helfer Will Marshall vom Thinktank Progressive Policy Institute sagt, die NAFTA, zentrale handelspolitische Hinterlassenschaft der Clinton-Ära, werde heute zum Sündenbock für alles gemacht, was in Amerikas Wirtschaft schief läuft. Bill Galston, bei aller Bereitschaft zum Umdenken nach zwei Amtszeiten von Bush, argumentiert ähnlich. In der Tat lassen sich auch Vorteile eines freien Handels für Amerika trotz der realen Produktionsverlagerungen (Strukturwandel) ausmachen. Eine Renaissance des Protektionismus sei unter Obama aber ohnehin kaum zu erwarten, sagen die Experten in den progressiven Thinktanks. Aber andererseits wagt inzwischen kein demokratischer

Wahlkämpfer mehr, Bill Clinton inklusive, die Freihandelsidee offensiv zu vertreten. »Neu nachdenken« ist die mildeste Umschreibung dessen, wozu Obama sich für den Wahlsieg gegenüber den Gewerkschaften verpflichtet hat.

Die Anti-Rassismus-Connection

Die Gewerkschafter wissen: »Obama ist kein ›working-class hero«. Kein Held der Arbeiterklasse, kein Radikaler, kein Sozialdemokrat, kein Antikapitalist. Aber progressiv sei er allemal, sagt einer der leitenden Funktionäre mit Sinn für Ironie: »Progressiv in dem Sinne, dass auch er findet: Der Kapitalismus müsste nicht so schlimm sein, wie er zurzeit ist.« Das reicht einstweilen als Basis für das Bündnis gegen die neoliberale und rechtskonservative Orthodoxie. Dass Obama sie braucht, um die Wahl zu gewinnen, daran haben die Gewerkschafter keinen Zweifel, weder die etablierten Traditionalisten von AFL-CIO noch die frechen Spalter von CTW. Nicht zuletzt wird Obama die Arbeiteraktivisten brauchen, um die fatale Wand einzureißen, die zwischen ihm und der Mehrheit der weißen Wähler zurzeit noch zu stehen scheint: die Wand des latenten Rassismus, die Realität der geheimen – und in manchen Regionen gar nicht so geheimen – Vorbehalte gegen einen schwarzen Präsidenten. Auch unter den Wählern im Gewerkschaftsmilieu. Deren Mitglieder, Aktivisten und Funktionäre mögen gegen Bush sein und für einen Regimewechsel im Lande – aber sind sie bereit für einen schwarzen Präsidenten?

Ein prominentes Mitglied aus der AFL-CIO-Führung, der Finanzsekretär Richard Trumka – ein ehemaliger Bergarbeiter und Populist der Arbeiterbewegung aus Pennsylvania, einem der Schlüsselstaaten in dieser Wahl –, nutzte die Gelegenheit eines Auftritts vor Stahlarbeitern auf deren Jahreskongress Anfang Juli, um den wilden Stier Rassismus bei den Hörnern zu packen. Trumka lobte erst einmal die Kampf- und Solidargemeinschaft der Stahlarbeiter, die ob ihrer Einigkeit unbezwingbar seien (»eine der machtvollsten Kräfte auf Erden – bei Gott, euch kann keiner rumdrehen«). Dann beschrieb er die soziale Lage aus Sicht der »working people« im Bush-Amerika, wo die Kluft zwischen Armen und Reichen so krass sei wie in den Siebzigerjahren – und zwar »in den 1870er Jahren«. Er erinnerte an das Sündenregister der Bush-Cheney-Administration, die trüben Aussichten unter einem Präsidenten McCain und beschrieb den Einsatz Obamas als Senator im Kampf gegen die Rechten. Und als die Stimmung heiß genug war, fügte er hinzu: Die Konsequenz sei daher klar – es gebe keinen Grund, Obama nicht zu wählen.

Oder doch? Es folgt das Lehrstück in Anti-Rassismus: »Es gibt nur einen schlechten Grund gegen ihn zu stimmen: weil er nicht weiß ist.« Er wolle darüber sprechen, sagte Trumka im totenstillen Saal, »weil ich das selbst erfahren habe, als ich bei den Vorwahlen in Pennsylvania war. Ich war nach Hause gefahren nach Nemaquin und traf dort eine Frau, die ich seit vielen Jahren kenne. Sie war für die Demokraten schon politisch aktiv, als ich noch zur Schule ging.« Sie würde natürlich für Hillary stimmen, habe sie gesagt. Niemals könne sie Obama wählen. »›Warum nicht?«, fragte ich.« Weil Obama doch ein Moslem sei. Und weil er sich geweigert habe, eine Anstecknadel mit der US-Flagge zu tragen. Gerüchte aus dem Internet, verbreitet von den rechten Schmutzstaffeln. Beides habe er entkräftet, sagte Trumka, aber sie sei dabei geblieben, sie traue Obama nicht. Und dann habe sie offen gesagt: weil er schwarz sei. »Ich sagte: ›Schau dich um. Nemaquin ist eine sterbende Stadt. Hier gibt's keine Jobs. Die Jungen ziehen weg, weil's keine Zukunft gibt. Und hier gibt es einen Mann, Barack Obama, der für Leute wie uns kämpft. Und du wählst ihn nicht wegen seiner Hautfarbe?« Und dann donnerte der Redner in den Saal: »Brüder und Schwestern, wir können nicht um die Tatsache herumreden, dass es da draußen eine Menge Leute gibt wie diese Frau. Viele von ihnen sind gute Gewerkschafter. Sie kommen nur nicht darüber hinweg, dass irgendwas falsch dran ist, für einen Schwarzen zu stimmen. Also, die von uns, die es besser wissen, können sich nicht leisten, wegzugucken.«

Ein bemerkenswerter Auftritt eines wirkungsvollen Veteranen. Obama wird eine Menge solcher wortgewaltiger populärer Arbeiterführer der alten Schule brauchen, um die Schranke durchbrechen oder überspringen zu können. Ohne solche Hilfe wird das Ziel – der Wechsel in Washington – noch schwerer zu erreichen sein, als er und seine Helfer sich das vorgestellt haben.

Das Projekt »change«

Am meisten trauen die Amerikaner seit jeher ihrer »community«, der lokalen Regierung, den eigenen Nachbarn und ihrer Kirche. Am wenigsten der Zentralregierung und den Politikern in Washington. Das hat Tradition in den USA. Sie hat dazu geführt, dass das Land es auf dem Weg zu seiner heutigen Größe versäumt hat, ein soziales Netz zu organisieren, das die arbeitende Bevölkerung – die »middle class« – gegen unverschuldete Rückschläge im Erwerbsleben, Krankheiten oder andere folgenschwere Wechselfälle des Lebens absichert. Dieser Missstand hat inzwischen

eine Dimension erreicht, die die Kritiker des Systems bittere Analogien zu den ärmeren Ländern innerhalb der Dritten Welt ziehen lässt. »Das ist eine Schande«, sagte der Abgeordnete McDermott, der einen Teil seines politischen Lebens im Kampf um ein besseres Sozialsystem verbrachte, vor allem für eine würdige Form der Krankenversicherung. Doch dem Umstand des minimalistischen Sozialstaats verdankt Amerika auch das in aller Welt bewunderte beispiellose Engagement privater Philanthropen und deren wohlthätiger Stiftungen.

Das Vakuum füllen auch die unermüdlich nach dem Prinzip des »glücklichen Sisyphos« tätigen kirchlichen Wohltätigkeitsvereine, von der New Yorker Armenspeisung in der Church of the Holy Apostles und der kirchlichen Arbeitsvermittlung Jubilee Jobs in Washington bis zu den in kämpferischen Initiativen zusammengeschlossenen Geistlichen in Metropolen wie Los Angeles, ohne die der Kampf um ein besseres Zusammenleben noch schwieriger wäre, als er ohnehin ist. Und ein nach europäischen Vorbildern organisierter Wohlfahrtsstaat hätte natürlich auch nicht die unzähligen vorbildlichen Non-Profit-Organisationen hervorgebracht, die sich auf lokaler und auf nationaler Ebene hartnäckig gegen die gigantischen sozialen Verwerfungen in der reichsten Industriegesellschaft der Welt engagieren. Das sind Vereinigungen wie die beschriebene LAANE, Netzwerke wie die Partnership for Working Families bis zu ACORN (Association of Community Organisations for Reform Now), der politisch bekanntesten Dachorganisation, die unzählige Wohlfahrtseinrichtungen vertritt.

Stehen wir heute angesichts der »change«-Kampagne von Obama vor einer neuen Phase der amerikanischen Politik, vergleichbar dem Aufbruch aus der Tiefe der Großen Depression? Könnte ein Präsident Obama auf die vielfältigen Krisen, die er von den Bush-Cheney-Regierungen und den republikanischen Kongressmehrheiten des vergangenen Jahrzehnts erben würde, tatsächlich mit einer umfassenden politischen Gesamtkonzeption antworten, wie einst Franklin D. Roosevelt? Mit einem eigenen neuen New Deal? Skepsis und Hoffnung halten sich bei den Linken in etwa die Waage. In jenem Thinktank, der einer möglichen Obama-Administration vermutlich die meisten Papiere, Berater und Mitarbeiter anbietet wird, dem von Ex-Clinton-Leuten gegründeten Center for American Progress, ist man vergleichsweise vorsichtig. Hier sitzen die »Realos« der US-Progressiven: Dem »Modell FDR« werde Obama dank seiner enormen kommunikativen Fähigkeiten am nächsten kommen können. So wie Roosevelt mit seinen intimen Radioansprachen seinerzeit die Amerikaner für sein Reformprojekt des keynesianischen New Deal gewin-

nen konnte, so wäre Obama als charismatischer Redner und Überzeuger in der Lage, sein Programm des progressiven Wandels mit den heutigen Kommunikationsmitteln den Amerikanern nahezubringen. Der Mann, der das Zuhören, Diskutieren und Zusammenführen in seinen Jahren als Organizer in Chicago gelernt habe, werde als »erster Agent des Wandels« bei den Bürgern um deren Unterstützung werben müssen, und keiner könne das besser als er. Begründen, erklären, werben, das sei die Basis für jede Strategie des Veränderns. Der Widerstand wird groß sein, die Gegenoffensive gewaltig, zunächst im Wahlkampf, erst recht, wenn es dann an die Umsetzung der Versprechungen geht. Abgesehen davon, dass 2009 für neue Investitionen nur wenig Spielraum sein wird.

Was ist guter Populismus?

Die politische Voraussetzung zur Überwindung der mächtigen Widerstände gegen ein Reform- und Investitionsprogramm auf den Spuren des New Deal ist nach Ansicht der »Progressives« in Universitäten, Gewerkschaften und Non-Profit-Organisationen ein gesellschaftliches Bündnis des obersten »agent of change«, wie der Alt-68er Todd Gitlin die Rolle eines Präsidenten Obama definiert, mit möglichst vielen gleichgesinnten Kräften und Netzwerken im Lande. Eine strategische »coalition of the willing«. Eine populistische Offensive im Sinne der amerikanischen Pioniertradition, wonach Politik unten und daheim beginnt und die Veränderung – im Optimalfall des »American Dream« – von da aus nach oben durchdrückt. Gesucht ist ein Bündnis von Regierung und Gesellschaft, sagen die »American Dreamer« auf der Linken, ob in LAANE, bei den Teamsters, in der AFL-CIO, in den Redaktionen und in den soziologischen und historischen Seminaren dieses riesigen Landes, ein politisches Bündnis, wie es das seit Franklin D. Roosevelt nicht mehr gegeben hat. Und wie es seither noch nie so dringend vonnöten war – linker Populismus mit Augenmaß.

Der emeritierte Georgetown-Soziologe Norman Birnbaum sieht dies als die Kernfrage in der Startphase einer Präsidentschaft Obama: »Wird Barack Obama in den Strukturen der amerikanischen Politik gefangen und gefesselt bleiben oder ist er in der Lage, vom Weißen Haus aus neue Dynamik und neue Bewegung zu schaffen? Bricht er die Mauern auf und gewinnt er den Handlungsspielraum, den er für die versprochenen Veränderungen braucht.« Die zur Durchsetzung nötige gesellschaftliche Koalition für den Wandel müsste freilich mehr sein als nur eine neue Mannschaft aus alten Routiniers im Weißen

Haus und einer größeren demokratischen Mehrheit politischer Individualisten in Repräsentantenhaus und im Senat. Das Projekt »change« müsse die gemeinsame Basis dieser Koalition sein. Dass das Bündnis zustande kommt, liege in erster Linie am Präsidenten. Das war in allen Hochphasen der amerikanischen Politik so, erinnert uns Norman Birnbaum. Bei Lincoln, den Roosevelts und bei Kennedy. Mit leiser Skepsis fragt der Soziologe und Autor mehrerer Bücher, die sich mit progressivem Denken und politischer Philosophie beschäftigen, ob der Kandidat dazu wirklich bereit sei: »Bisher habe ich noch nicht viele Signale in diese Richtung gesehen.« Jim McDermott, der fröhlich-kämpferische Kongress-Routinier aus Seattle, der sich selbst als »optimistischen Pessimisten« sieht (»sonst könnte ich morgens nicht aufstehen«), ist ähnlich zurückhaltend: »Ich hoffe, Obama ist so progressiv, wie ich denke, dass er sein könnte – aber wenn ich mich umsehe, dann bin ich nicht so sicher.«

Die Sorge, Obama könnte zu viele Kompromisse machen, wurde von einigen Zwischenschritten des Kandidaten genährt (»gun control«, Todesstrafe, Nahostpolitik). Er will den Wandel, bewegt sich im Wahlkampf aber immer wieder mal auf eher ausgetretenen Pfaden, vorsichtig, vielleicht sogar risikoscheu. Damit mag man verhindern, dass potenzielle Wechselwähler abgeschreckt werden, schafft aber eine gewisse Unruhe und Ungeduld im eigenen Lager. Im Übrigen gilt: Seit dem Crash des Kredit- und Finanzwesens gibt es keine risikolose Wahlkampflinie mehr. Für den Kandidaten der Rechten ohnehin nicht, aber auch nicht für Barack Obama.

Immerhin war die Rede Obamas auf dem Parteitag der Demokraten in Denver geprägt vom Bemühen, auf die Erwartungen auch des eigenen Anhangs einzugehen. Obama war bestrebt – wie das Echo zeigte, mit einigem Erfolg –, die Perspektive des Projekts »change« offen zu halten, in der Tradition des klassischen amerikanischen Populismus mit dem Blick sowohl für die Nöte der Menschen und wie auch für das realpolitisch Erreichbare. Der »Good Populism« ist seit Längerem wieder ein Thema der »liberals« in den USA. Für den Sozialwissenschaftler Ruy Teixeira (Brookings Institution) ist er die Voraussetzung für die Rückkehr der Demokraten in eine Position des Meinungsführers im US-amerikanischen politischen Diskurs. »Populismus der Aufklärung« nennt der Historiker Michael Kazin, Autor des Standardwerks über den amerikanischen Populismus (»The Populist Persuasion«), diese Haltung – das genaue Gegenteil zur europäischen Spielart des allen alles versprechenden Rechts- und Linkspopulismus, aber ebenso das Gegenmodell zum rechten US-Populismus, der »zur

Sprache der Enttäuschten, Rachsüchtigen und Zyniker« werde und dessen Vertreter Wahlkampf-Cleverness allemal für wichtiger hielten als persönliche Überzeugungen. Der traditionelle, demokratische Populismus Amerikas ist seit den Tagen des New Deal mehr als nur ein Instrument für den Wahlkampf. Er ist eine Strategie zur Durchsetzung des politischen Programms, nachdem die Wahl gewonnen wurde. Diese permanente populistische Doppelstrategie, Aufklärung und Durchsetzung, sei eine Voraussetzung für das Gelingen des Projekts »change«, sagt Todd Gitlin, keine pure Partei- oder Regierungspolitik, es sei zum Teil auch »Bewegungspolitik«. Genau das sei die politische Führungsaufgabe des Präsidenten.

Barack Obama, so sagen manche in seinem Lager, sei dank seiner Schulung und Erfahrung als Organizer, aufgrund seiner Begabung als Kommunikator und seines Sendungsbewusstseins als Repräsentant des amerikanischen Traums von Freiheit, Gleichheit und Aufstiegschancen »der optimale Transformator«. Gitlin vertritt die Ansicht – der andere widersprechen –, dass Obama im Prinzip ein Mann der Linken sei. Aber wie auch immer, als Präsident werde er »nicht wie ein Sozialdemokrat regieren«. Nicht im heutigen Amerika. Aber da ist die Erinnerung an das große Vorbild und die Hoffnung, Obama könnte ihm nacheifern: »Wenn wir Glück haben, wird er ein zweiter Franklin Roosevelt, der als Progressiver ohne geschlossenes Programm ins Amt kam, keinen linken Wahlkampf gemacht hatte, aber beim Lösen der Probleme Schritt für Schritt progressive Politik entwickelte.«

Roosevelt habe gewusst, dass er den Kapitalismus ohne Gewerkschaften nicht würde bändigen können. Er habe sich deshalb mit ihnen verbündet. Obama wisse das auch und habe sich mit den Gewerkschaften verständigt. Aber wissen die Gewerkschaften, dass sie ohne den Präsidenten, ohne den Kongress und die sozialen Aktivisten den Kapitalismus nicht bändigen können? Wissen die Linken, dass es, mehr noch als recht zu haben, zunächst einmal darauf ankommt, Wahlen zu gewinnen? Dass es wichtig ist, wer regiert, wie Madeline Janis ihnen predigt? Auf den ersten Blick könnte man Zweifel haben: Die Spaltung der amerikanischen Gewerkschaften in zwei Dachverbände bringt Reibungsverluste mit sich. In der AFL-CIO ist man sichtlich verbittert über den Auszug der bisher kleineren, radikaleren Gewerkschaften unter Führung der großen Dienstleistungsgewerkschaft SEIU (Service Employees International Union) des Arbeiterführers Andy Stern. Die Neuen, die schon erwähnte Change To Win, sehen sich als Motor des Wandels. »Sie halten sich für jünger und cooler«, spottet eine junge, mindestens so coole Funktionärin der alten Gewerkschaft über Stern. Die Dissidenten

ihrerseits sprechen zwar nicht schlecht über die Alten, eher etwas herablassend. Sie bezweifeln deren Effizienz. Die AFL-CIO sei zu teuer, zu unbeweglich, zu bürokratisch.

Es ist wie immer bei Familienkonflikten: An allem ist etwas dran, alles ist stark übertrieben. Und dass auch die Neuen mit beträchtlichem Organisations-egoismus operieren, zeigen die kleinlichen Konkurrenzkämpfe, die sie sich im fernen, progressiven Kalifornien mit anderen kleineren Gewerkschaften im Gesundheitswesen liefern. Und sie schließen dabei sogar mit Gouverneur Schwarzenegger Sondervereinbarungen ab, was die anderen als Verrat empfinden. Peter Dreier, Freund der Gewerkschaften und ständig als Vermittler zwischen ihnen und den Basisgruppen unterwegs, sagt mit dem Zynismus desjenigen, der schon zu viel Unheil erlebt hat: »Die Linke stellt ihre Scharfschützen gern im Kreis auf: Und dann gibt einer das Kommando ›Feuer!‹«

Vom Licht am Ende des Tunnels

Die Akteure in den Gewerkschaften, in den Non-Profit-Organisationen und an den Universitäten sehen dennoch Licht am Ende des Tunnels. Das organisatorische Selbstverständnis der Gewerkschafter aus den 1930er Jahren und die Konzentration auf die Verteidigung dessen, was damals erreicht wurde, sei schwächer geworden. Viele »unions« öffneten sich allgemeinen sozialen Fragen und seien auch für neue Bündnisstrategien zu gewinnen. Die Erfahrung von Los Angeles lehrt: Nur im strategischen Bündnis gewinnen die Progressiven Wahlen in dem Land, dessen mutmaßlicher »progressiver Konsens« sich in Wahlen jedenfalls nicht von selbst bemerkbar macht. Und so sind die Aktivisten der Arbeiterbewegung und der sozialen Wohlfahrtsvereine in diesem Wahlkampf für Obama unterwegs, wie für keinen Demokraten vor ihm seit den 1970er Jahren. Viele Organizer werden von einem Guru der Basisarbeit, Marshall Ganz, geschult. Allein schon darin sieht Larry Frank, Vizebürgermeister von Los Angeles, ein Zeichen der Hoffnung: »Ohne das Know-how, das Marshall Ganz unseren Leuten in Los Angeles vermittelt hat, wäre die Wende hier nicht möglich gewesen.« Marshall Ganz, unter anderem Lehrer in Harvard, ist überall unterwegs, wo Basisarbeit geübt und gelernt wird, bei den Gewerkschaften, den Dachorganisationen der »non-profits« und bei den Umweltaktivisten. Sein Thema: Wie man wildfremden Menschen ihre Interessen klarmacht und sie anschließend zum gemeinsamen Handeln bringt – und dazu, eine politische Entscheidung im Sinne des Organizers zu fällen. Zum Beispiel Obama zu wählen.

»Im Herbst nehmen wir Urlaub und sind draußen unterwegs«, sagen Banks und Beatty, die beiden Organisations-Profis bei den Teamsters, selbst erfahren im Ausbilden der Werber und Anstifter. Bei Jubilee Jobs in Washington D. C. werden Jobs an Arbeitslose mit sozialen Problemen vermittelt und die Klienten zugleich dazu ermuntert, Gewerkschaften beizutreten. Sie werden obendrein auch beraten, wie man sich als Wähler registrieren lässt. Und die Dachorganisation der privaten Wohlfahrtsinitiativen ACORN meldete auf dem Parteitag der Demokraten in Denver, dass sie bis dahin bereits 1,1 Millionen Amerikaner in die Wählerlisten habe eintragen lassen. Bis zum Wahltag würden es 1,5 Millionen werden. Die wenigsten davon werden McCain wählen.

»Die Gewerkschaften sind heute eine soziale Bewegung«, sagt Ron Blackwell, leitender Funktionär bei der AFL-CIO. »Wir möchten, dass unsere Mitglieder eine Gegenmacht zur Wall Street bilden.« Schließlich gebe es in Amerika keine Arbeiterpartei im europäischen Sinne. Da müssten die Gewerkschaften ran, wenn politisch um Verteilungsfragen und um die Zukunft – vom Klimawandel über eine Gesundheitspolitik bis zu Handelsverträgen – gerungen wird. Und Peter Dreier, der scharfe Beobachter der Szene in Los Angeles, sieht Hoffnung in der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Umweltorganisationen wie dem einflussreichen Sierra-Club. »Da entsteht eine neue Koalition für eine grüne Gesellschaft.«

Dies wäre ein lohnendes Projekt einer neuen US-amerikanischen Linken. Der Reformzentrist Barack Obama könnte die Demokraten wieder zum politischen Kern einer Reformbewegung machen, die gemeinsam mit Gewerkschaften und mit den Organisationen der zivilgesellschaftlichen Wohlfahrtseinrichtungen dazu beiträgt, das Land wieder zu einem Modell werden zu lassen, das – wie früher – auch andere fasziniert. Ein demokratisches und auch soziales Zivilisationsprojekt, das sich zur Nachahmung empfiehlt. Die Basis der Partei ist so bunt wie die ganze Bevölkerung der USA, in ihrer ethnischen und religiösen Vielfalt, in ihrer Mischung aus Progressiven, Linken und Zentristen, aus Menschenfreunden und Radikalen, Sozialreformern und Antikapitalisten, Gläubigen und Säkularen, Immigranten und Immigranten-Nachfahren. Sie ist für die US-amerikanische Gesellschaft ungleich repräsentativer als die Partei der Republikaner.

Wenn Obama ein solches Bündnis für den Wandel im Zeitalter der Globalisierung von Ideen, Problemen und Konflikten zustande brächte, wäre dies voraussichtlich auch für Europas frustrierte, zersplitterte und einflusslose Progressive eine Quelle politischer Inspiration. Die gesellschaftliche Allianz für sozialen

Fortschritt und demokratische Weiterentwicklung könnte ein Modell dafür sein, wie man Reformen nicht nur verspricht, sondern auch demokratisch erarbeitet und gemeinsam umsetzt. Wie man die kulturelle Hegemonie zurückerobert und wie man sich um Problemlösungen mit Vertretern gegensätzlicher Interessen bemüht – ohne »Klassenkampf«-Reflexe, gleichwohl aber konfliktbereit und konfliktfähig. Ein solches breites Bündnis lässt sich nicht auf die Rolle des Lobbyisten der Arbeitnehmer, zum Bittsteller der Schwachen und Unternehmer-Hiwi zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens und einer gewinnfreundlichen öffentlichen Genügsamkeit reduzieren. Es spielt sich nicht auf als Beschützer der Entrechteten und Unterdrückten, mimt nicht den linken Racheengel gegen »Arbeiterverräter« und redet nicht den Enttäuschten und Frustrierten nach dem Mund. Dieses Bündnis stünde für einen »Populismus der Aufklärung«. Es könnte Vorbild sein.

Lernen von Amerika stützt sich heute in erster Linie auf Haltungen und Methoden, nicht auf Inhalte. Was sie angeht, ist das Angebot von begrenzter Attraktivität: Europas demokratische Rechtsparteien werden sich kaum zum religiös-fundamentalistischen Kreationismus-Kult der Alaska-Gouverneurin Sarah Palin hinwenden. Und dass der reale »compassionate conservatism«, mit dem Bush jr. 2000 Wahlkampf machte, mit sozialem Mitgefühl in der Realität nichts zu tun hat, ist inzwischen offenkundig. Die Konservativen in Europa, die den Begriff übernommen haben – inhaltlich damit aber immerhin jenen sozialpolitischen »Linksruck« verbunden haben, der den Sozialdemokraten zu schaffen macht –, legen ausdrücklich Wert darauf, dass sie mit der Bush-Version des angeblich »mitfühlenden Konservatismus« nichts zu tun haben. Aber auch die Inhalte der progressiven Bewegung Amerikas sind für europäische best-practise-Kundschafter keine große Offenbarung – sondern die Agenda eines großen Nachholbedarfs: Gesundheitssystem, Bildung und Ausbildung, Infrastruktur, Verkehrswesen, Wirtschaftsdemokratie, Arbeitsschutz und Urlaubsregelungen, Alters- und Pflegeversicherungen und Arbeitsmarkt-Regulierungen. Hier mag es in Europa ebenfalls zum Teil beträchtliche Probleme geben, deren Lösung liegt aber nicht in den USA.

Kampagnenfähigkeit reimportieren

Umso interessanter sind aber die Organisation des linken Aktivismus und die Bündnispolitik der »pragmatischen Visionäre« (Michael Kazin). Zum Studium empfiehlt sich vor allem das schon zitierte System der

Gewerkschafts-Organizer und der »communities«, als Instrument der Solidarität und der Selbsthilfe in einer Gesellschaft entstanden, in der vom Staat selbst nicht allzu viel Hilfe zu erwarten ist. Es hätte aber in angepasster Form auch Platz in einer Gesellschaft, in der die Bürokratisierung der staatlichen Hilfe auf allen Ebenen zu neuen solidaritätsfreien Räumen und in der Folge zu politischen Vertrauenskrisen geführt hat.

Im Grunde erinnert die robuste Form dieser Integrationsarbeiter in sozialen Brennpunkten der US-amerikanischen Gesellschaft an die politische Aufbau- und Sozialarbeit in der Frühzeit der europäischen Arbeiterbewegung. Als die Gewerkschafter von Obrigkeit, Unternehmern und Polizei behindert oder auch verfolgt wurden, als Organisationsrechte erkämpft werden mussten und die sozialen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse Solidarität zur ersten politischen Tugend werden ließen, war die Basisarbeit der Linken nichts anderes als »organizing«. Distanz zu den einfachen Leuten und die »Arroganz der Macht« war in diesem Abschnitt ihrer Parteigeschichte nicht das Problem der Sozialdemokratie. Als sie zum Teil der Realpolitik wurde, ist ihre Kompromissbereitschaft auch früher, lange vor dem Auftreten des heutigen Linkspopulismus, als »Verrat« denunziert worden. Spaltungen gehörten zur Geschichte der Bewegung und »pragmatische Visionäre« hatten politisch ein hartes Leben. Und dass Rechtsradikale, Faschisten und schließlich die Nazis sich sozialer Parolen der Linken bedienten, konnte schon damals nicht verhindert werden. Aber das Gefühl, die Basis zu verlieren und politisch im Schraubstock zwischen Links- und Rechtspopulisten und vor allem einer sozialdemokratisierten Mitterrechtspartei zerrieben zu werden, ist ein neues Phänomen. Die »Kampagnenfähigkeit«, früher eine der Stärken der Sozialdemokraten mit ihren Organisationsstrukturen und der personellen Verankerung in ihren Hochburgen der klassischen Arbeiterviertel, ist verloren gegangen, eine Erinnerung aus besseren Zeiten. Eine moderne Wahlkampfzentrale nach amerikanischen Vorbildern – die Kampa, »War Room« und Call-Center – ist das höchste der Gefühle. Das »organizing« draußen bei den Leuten – »das Modell Hamas«, sagt Gitlin – machen indessen die Populisten von rechts und links.

Vielleicht ist es nicht zu spät, um aus dem organisatorisch-kämpferischen Know-how der amerikanischen Linken ein paar Lehren zu ziehen. Eine »re-education« der besonderen Art, bei der wieder gelernt werden muss, was früher einmal tägliches Handwerkszeug war. »Europas Gewerkschaften haben längst vergessen, wie man richtig organisiert«, schreibt Robert Kuttner, Gründer und Mitherausgeber der Zeitschrift »The American Prospect«, nach einer län-

geren Recherche in einigen EU-Hauptstädten. Sie müssten diese Fertigkeit reimportieren, so wie Frankreichs Winzer nach einer vernichtenden Seuche in den Weinbergen im 19. Jahrhundert Weinreben aus Kalifornien wieder einführen mussten. Wiedererlernen, was in der vergleichsweise bequemen Welt des Rheinischen Kapitalismus und in Europas zwar unterschiedlichen, aber doch vergleichsweise bürgerfreundlichen Sozialstaaten allmählich verkümmert ist und vergessen wurde: Wie man Kontakt zur Basis hält, im eigenen Milieu wieder Wurzeln schlägt, politische Kampagnen von unten beginnt, soziale Auseinandersetzungen offensiv führt, politische Großprojekte nicht nur in Ministerbüros aufschreibt und Parteizirkeln erklärt, sondern auch draußen mit den Bürgern und deren Stadtvierteln oder Dörfern diskutiert. Wie man politische Vorhaben wenn nötig begründet, verteidigt, durchsetzt. Und wie man sich mit den Bürgern politisch verbündet, wenn unkontrollierte, unüberprüfbare Akteure, die niemandem Rechenschaft schuldig sind, Verbesserungen im Zusammenleben behindern und nur ihre eigenen Interessen verfolgen.

Inwieweit das Know-how aus amerikanischen Wahl- und Arbeitskämpfen, aus Sozial- und Umweltkampagnen auf das europäische Szenario übertragbar ist, lässt sich schwer beurteilen. Der etablierte Gestaltungs- und Führungsanspruch der traditionellen Parteien, so wenig sie zurzeit auch zu gestalten oder zu führen scheinen, könnte dem entgegenstehen. Inzwischen haben Teamsters und die Dienstleistungsgewerkschaft SEIU, die beiden stärksten Mitgliedsorganisationen im Dissidenten-Bündnis Change To Win, damit begonnen, dieses Know-how in die Zusammenarbeit mit den europäischen Partnerverbänden einzubringen. Um aber realpolitische Wirkung in der Auseinandersetzung um sozialen und ökologischen Fortschritt zu entfalten, müsste der Methodentransfer mehr sein als gelegentliches Konflikttraining für deutsche Gewerkschaftskader, französische Attac-Kampfgruppen oder diverse Linksparteien in Europa. Dafür müsste auch das Interesse von Parteien der moderaten Linken geweckt werden. Es wäre schließlich im politischen Optimalfall die Sozialdemokratie, deren Vertreter mit einem progressiven Präsidenten Amerikas über eine neue Allianz des Fortschritts diskutieren würden. Über eine Achse des »visionären Pragmatismus«, dessen Aufgabe auch die gemeinsame Arbeit an einer gerechteren Weltordnung wäre, beim Ausarbeiten neuer Regeln für den Handel, das Finanzwesen und für die anderen Fragen unserer Zeit: Energie, Armut, Hunger, Wasser.

Das setzt allerdings voraus, dass die Sozialdemokraten alsbald über ihren durchaus korrekten, an Prob-

lemösungen orientierten Alltagspragmatismus hinaus auch zu politischen Visionen zurückfinden. Und dass sie eine volksnahe Sprache entwickeln. Auch das gehört zum Mix aus Haltung und Methode, der von der amerikanischen Linken, von Madeline Janis bis Barack Obama, zu lernen wäre. Die Möglichkeit ist da.

Einer der schärfsten Beobachter des transatlantischen Ideenaustauschs, Norman Birnbaum, entdeckt eine historisch-ironische Gleichzeitigkeit. Er sieht eine Amerikanisierung der europäischen Politikmethoden, in Wahlkämpfen und auch in sozialen Auseinandersetzungen, parallel zu einer Europäisierung der amerikanischen Politikinhalt, wie sie Obama vorschwebt. Das könnte, wenn es denn gelingt, durchaus fruchtbar sein. Aber auch ein Scheitern dieses Lernversuchs sei möglich. Soviel sei aber jetzt schon klar: »Wenn Obama gewinnt, also alle Strukturen, die dagegen sprechen, durchbrochen hat, dann wäre das eine große politische Herausforderung für die strukturelle Rigidität der europäischen Politik.« Und ein Signal für ein neues Selbstbewusstsein der Europäer. Die Erben der Sozialen Marktwirtschaft sind aufgefordert, gemeinsam mit den Erben des New Deal den transatlantischen Neoliberalismus endgültig zu begraben.

Literatur

- Alinsky, Saul: Rules for Radicals. A Practical Primer for Realistic Radicals. 1971 (deutsche Ausgabe: Anleitung zum Mächtigkeitsein. Ausgewählte Schriften. 1999)
- Badger, Anthony J.: FDR. The First Hundred Days. 2008
- Birnbaum, Norman: After Progress. American Social Reform and European Socialism in the Twentieth Century. 2001 (deutsche Ausgabe: Nach dem Fortschritt. Vorletzte Anmerkungen zum Sozialismus. 2003)
- Burd-Sharps, Sarah (u. a.): The Measure of America. American Human Development Report 2008–2009. 2008.
- Dreier, Peter (u. a.): The Next Los Angeles. The Struggle for a Liveable City. 2005
- Fletcher jr., Bill/Gapasin, Fernando: Solidarity Divided. The Crisis in Organized Labor and a New Path to Social Justice. 2008
- Frank, Thomas: What's the Matter with Kansas? How Conservatives Won the Heart of America. 2004
- Galbraith, James K.: The Predator State. How Conservatives Abandoned the Free Market and why Liberals should too. 2008
- Gitlin, Todd: The Bulldozer and the Big Tent. Blind Republicans, Lame Democrats, and the Recovery of American Ideals. 2007
- Hunter, Joel C.: A New Kind of Conservative. 2008
- Kazin, Michael: The Populist Persuasion. An American History. 1995/1998
- Kazin, Michael/Becker, Frans/Hurenkamp; Menno (Hrsg.): In Search of Progressive America. 2008
- Kuttner, Robert: The Squandering of America. How the Failure of our Politics Undermines our Prosperity. 2007
- Kuttner, Robert: Obama's Challenge. America's Economic Crisis and the Power of a Transformative Presidency. 2008
- Mendell, David: Obama. From Promise to Power. 2007
- Obama, Barack: The Audacity of Hope. Thoughts on Reclaiming the American Dream. 2006 (deutsche Ausgabe: Hoffnung wagen. 2006)
- Obama, Barack: Dreams from my Father. A Story of Race and Inheritance. 1995
- Rodgers, Daniel T.: Atlantic Crossings. Social Politics in a Progressive Era. 1998
- Ross, Fred: Conquering Goliath. Cesar Chavez at the Beginning. 1989
- Shipler, David K.: The Working Poor. Invisible in America. 2004/2005
- Wallis, Jim: The Great Awakening. Reviving Faith and Politics in a Post-Religious Right America. 2008



Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Abteilung Internationaler Dialog
D-10785 Berlin

www.fes.de/ipa
E-Mail: info.ipa@fes.de

ISBN 978-3-89892-987-5

Bestellungen

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
z. Hd. Ursula Müller
D-53170 Bonn

E-Mail: info.ipa@fes.de
Fax: +49 (228) 883-9219

Alle Texte sind online verfügbar:

www.fes.de/ipa

Die in dieser Publikation zum Ausdruck kommenden Meinungen sind die des Autors/der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.